

## Beschluss

### Hamburg nach dem Volksentscheid – liberale Eckpunkte zur Zukunft der Energie-Netze

Eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Hamburg hat sich am 22. September für einen 100prozentigen Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze ausgesprochen. Die FDP hält die Entscheidung politisch für falsch, respektiert aber das mit dem Volksentscheid getroffene Votum.

Mit dem Ergebnis des Volksentscheids stehen Bürgermeister Olaf Scholz und der SPD-Senat vor den Trümmern ihrer fehlerhaften Energiepolitik: Denn Bürgermeister Scholz konnte mit seinem Energiewende-Konzept die Bürger nicht davon überzeugen, dass eine 25,1-Prozentbeteiligung an den Energienetzen richtig, aber eine Vollverstaatlichung falsch sein soll. Die unschlüssige Argumentation und der politische Zickzackkurs der SPD konnten nicht einmal die eigenen Wähler überzeugen.

Hamburg steht nun vor schwierigen Herausforderungen: Mit dem Netzurückkauf sind erhebliche finanzielle Risiken für den Steuerzahler in Milliardenhöhe verbunden. Ein umweltpolitischer Vorteil entsteht dabei nicht, denn Betreiber müssen Strom unabhängig von seiner Quelle diskriminierungsfrei durch die Netze leiten. Vielmehr droht ein Rückschlag für die Energiewende in Hamburg, denn Senat und Energiewirtschaft müssen sich jetzt zügig auf die Eckpunkte der Rekommunalisierung einigen. Gelingt dies nicht, droht ein jahrelanger Rechtsstreit. Planungsunsicherheit im Hinblick auf zukünftige Energiekosten ist die Folge - für energieintensive Betriebe ebenso wie für den Endverbraucher.

#### Die FDP fordert deshalb:

- Die Ausschreibung der Konzessionen muss transparent, diskriminierungsfrei und international erfolgen;
- Eine Vorzugsstellung für Vattenfall oder EON darf es ebenso wenig geben, wie für einen städtischen Bewerber;
- Die Ausschreibung ist mit der bindenden Auflage zu versehen, zugleich Maßnahmen vorzuschlagen, die einen rationellen und sparsamen Umgang mit Energie fördern.
- Die optimale Nutzung des Wirkungsgrades des Kraftwerks Moorburg und den Bau der Fernwärmetrasse Moorburg-Altona
- Wenn der städtische Bewerber den Zuschlag für den Netzbetrieb nicht erhält, dann muss eine zu diesem Zweck geschaffene Gesellschaft sofort wieder aufgelöst werden. Einen weiteren Aufwuchs von städtischen Unternehmen, neuen Stadtwerken oder Nebenhaushalten darf es nicht geben.